

NoventusCollect Plus

Anlagereglement Typ A

Ausgabe 2024 / Version 1.0

Inhaltsverzeichnis

1	Grundlagen	4
1.1	Anlageziele und Vorgaben	4
1.2	Mittel	4
1.3	Anlageorganisation	4
1.3.1	Stiftungsrat	4
1.3.2	Geschäftsführung	5
1.3.3	Anlagekomitee	5
1.3.4	Verwaltung	5
1.3.5	Personalvorsorgekommission	5
1.3.6	Abgabe von Vermögensvorteilen	5
1.3.7	Vermögensverwaltungskosten	6
2	Anlagestrategie und zugelassene Anlagen	7
2.1	Anlagestrategie	7
2.2	Anlagekategorien	7
2.2.1	Liquide Mittel (Cash)	7
2.2.2	Obligationen	7
2.2.3	Aktien	7
2.2.4	Derivate	7
2.2.5	Hypotheken	7
2.2.6	Immobilien	7
2.2.7	Anlagen in Infrastrukturen	8
2.2.8	Alternative Anlagen	8
2.2.9	Anlagen beim Arbeitgeber	8
2.2.10	Allgemeine Bestimmungen zu den Anlagekategorien	8
3	Bewertung	9
4	Organisation	9
4.1	Vermögensverwaltung	9
4.1.1	Externe Vermögensverwalter	9
4.1.2	Global Custodian	9
4.1.3	Gemeinsame Vermögensverwaltung	9
4.1.4	Zuständigkeiten und Kompetenzen	9
4.2	Controlling	10
4.2.1	Berichterstattung	10
4.2.2	Strategieüberprüfung und Investment Controlling	10
4.2.3	Information	10
4.3	Ausübung der Aktionärsrechte	10
4.4	Nachhaltigkeit (ESG) in den Vermögensanlagen	10
4.5	Zuständigkeiten	10
5	Inkraftsetzung	10

	Anhang	11
A	Funktionendiagramm	12
B	Anlagestrategie, gültig ab 01.01.2024	14
C	Gebühr	15
D	Wahrnehmung der Stimmrechte gemäss Art. 71a, BVG	16
E	Nachhaltigkeit (ESG) in den Vermögensanlagen	18

1 Grundlagen

Der Stiftungsrat erlässt, gestützt auf die Artikel 4 und 5 der Stiftungsurkunde und unter Einhaltung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) und der Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV 2), die folgenden Bestimmungen zur Anlage des Vorsorgevermögens der Vorsorgewerke des Typs A.

1.1 Anlageziele und Vorgaben

Mit der Vermögensanlage wird ein Mehrertrag gegenüber der Sollrendite angestrebt, um nach Reservebildung Leistungsverbesserungen oder Beitragssenkungen gewähren zu können.

Die Sicherheit der Erfüllung des Vorsorgezwecks ist zu gewährleisten. Die Anlagerisiken sind angemessen zu verteilen. Das Vorsorgevermögen ist auf die Vorsorgeverpflichtungen abzustimmen (Asset Liability Management).

Es ist sicherzustellen, dass die Versicherungs- und Freizügigkeitsleistungen bei Fälligkeit erbracht werden können.

Mit den Anlagen ist ein marktkonformer, den eingegangenen Risiken entsprechender Ertrag zu erzielen.

Die Stiftung bildet aus Überschüssen eine Wertschwankungsreserve, deren Sollwert nach finanzökonomischen Regeln bestimmt wird.

1.2 Mittel

Zur Verwirklichung der Anlageziele stehen folgende Mittel zur Verfügung:

Anlageorganisation zur effizienten, loyalen und integren Vermögensbewirtschaftung.

Anlagestrategie und zugelassene Anlageinstrumente unter Berücksichtigung der Sollrendite, der Risikobereitschaft und -fähigkeit, der Risikoverteilung und des Asset Liability Managements.

Investment Controlling über die Einhaltung der Verordnung BVV 2 und der Anlagestrategie, die Performanceentwicklung und -herkunft, die Vermögensverwaltungskosten und die Arbeitsleistung der beauftragten Vermögensverwalter.

Berichterstattung über die Vermögensentwicklung, die Anlageperformance und das Risiko-exposure.

1.3 Anlageorganisation

1.3.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat ist verantwortlich für die Führung der Vermögensanlage. Er gestaltet, überwacht und steuert nachvollziehbar die ertrags-, risiko- und liquiditätskonforme Vermögensbewirtschaftung und stellt durch organisatorische Massnahmen die Einhaltung der Loyalitäts- und Integritätsvorschriften des BVG und der BVV 2 in der Vermögensverwaltung sicher. Der Stiftungsrat entscheidet über die Anlagestrategie gemäss Art. 2.1 und fällt im Rahmen seiner Zuständigkeit die strategischen Entscheide.

Der Stiftungsrat kann Anlageausschüsse bilden und professionelle Beratungsunternehmen oder sonstige Institutionen mit der Anlage oder Verwaltung des Vorsorgevermögens betrauen. Bei

der Wahl von Beauftragten sind Interessenskonflikte zu vermeiden. Rechtsgeschäfte mit Nahestehenden sind offenzulegen. Die Beauftragten haben sich ebenfalls den Loyalitäts- und Integritätsvorschriften des BVG und der BVV 2 zu unterstellen.

1.3.2 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung vollzieht die Beschlüsse des Stiftungsrats, plant die Durchführung, stellt die Berichterstattung sicher und fällt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die operationellen Entschiede.

1.3.3 Anlagekomitee

Der Stiftungsrat wählt das Anlagekomitee. Es besteht aus mindestens drei Mitgliedern, davon je ein Vertreter des Arbeitgebers und der Arbeitnehmer aus dem Stiftungsrat. Das Anlagekomitee ist bei Anwesenheit von mindestens zwei Mitgliedern beschlussfähig. Das Anlagekomitee bereitet alle anlagerelevanten Beschlüsse des Stiftungsrats vor (taktische Entscheidungen) und leitet und überwacht deren Vollzug. Im Bereich der Umsetzung der anlagestrategischen Vorgaben entscheidet das Anlagekomitee u.a. über:

- die Definition des operativen Anlageprozesses,
- die Auswahl und Mandatierung von externen Dienstleistungen für die Vermögensbewirtschaftung,
- den Prozess zur Ausübung der Aktionärsrechte im Rahmen der reglementarischen Vorgaben.

Das Anlagekomitee kontrolliert die ordnungsgemäße Umsetzung der jeweiligen Anlagestrategie sowie die Einhaltung der jeweiligen Mandats- und Bewirtschaftungsrichtlinien. Es rapportiert dem Stiftungsrat periodisch über seine Tätigkeit.

1.3.4 Verwaltung

Die Verwaltung besorgt die Buchführung der Stiftung und ist verantwortlich für die operative Liquiditätsplanung sowie die Übertragung der überschüssigen Liquidität zu den Vermögensverwaltern.

1.3.5 Personalvorsorgekommission

Die Personalvorsorgekommissionen der angeschlossenen Vorsorgewerke haben keine Aufgaben im Bereich der Vermögensverwaltung. Ihre Rechte und Pflichten richten sich nach Bestimmungen des Organisationsreglements.

1.3.6 Abgabe von Vermögensvorteilen

Die mit der Vermögensverwaltung beauftragten Unternehmen und Institutionen müssen die Art und Weise der Entschädigung und deren Höhe eindeutig bestimmbar in einer schriftlichen Vereinbarung festhalten. Sie müssen zudem der Stiftung zwingend sämtliche Vermögensvorteile abliefern, die sie darüber hinaus im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Tätigkeit für die Stiftung erhalten.

1.3.7 Vermögensverwaltungskosten

Die Vermögensverwaltungskosten werden dem Anlagegefäß belastet. Mit Beschluss des Stiftungsrats können dem Anlagegefäß bzw. den Anschlüssen weitere Kosten belastet werden:

- Transfer vom Anlagegefäß in das Betriebskapital der Stiftung (Sanierung).
- Transfer von Anschlüssen, deren Risikoprämie tiefer ist als der Betrag, welcher dem Rückdecker abzuführen ist: Die Differenz kann der Erfolgsrechnung der betroffenen Anschlüsse belastet werden.

2 Anlagestrategie und zugelassene Anlagen

2.1 Anlagestrategie

Zuständig und verantwortlich für die Anlagestrategie ist der Stiftungsrat.

Die Anlagestrategie basiert auf den Anlagezielen und Vorgaben. In diesem Rahmen können die gesetzlichen Anlagemöglichkeiten der BVV 2 nach den Vorschriften von Art. 50 Abs. 4 BVV 2 erweitert werden. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften der sorgfältigen Auswahl, Bewirtschaftung und Überwachung sowie der Sicherheit der Erfüllung der Vorsorgezwecke und der angemessenen Risikoverteilung sind in diesem Falle im Anhang der Jahresrechnung schlüssig darzulegen.

Für jede einzelne Anlagekategorie werden Bandbreiten festgelegt.

Wenn marktbedingt oder aus anderen Gründen Bandbreiten durchstossen werden, wird grundsätzlich ein Rebalancing durchgeführt.

Die Anlagestrategie ist im Anhang B beschrieben.

2.2 Anlagekategorien

2.2.1 Liquide Mittel (Cash)

Liquide Mittel sind auf Kontokorrentkonti / Personalvorsorgekonti bzw. als Festgelder / Treuhandanlagen, Geldmarktbuchforderungen oder Obligationen mit einer maximalen Laufzeit von 12 Monaten anzulegen.

2.2.2 Obligationen

Bei Obligationen ist in der Regel auf ein Kreditrating (Standard & Poors oder vergleichbar) von mindestens "BBB" (Investment Grade) zu achten. Tiefere Minimalratings sind im Mandat schriftlich festzuhalten.

Die Anlagestrategie kann die Anlage sowohl in CHF als auch in Fremdwährungen lautende Obligationen vorsehen.

Die Anlage in Wandelanleihen ist nur zulässig, wenn dies die Anlagestrategie vorsieht.

Die Anlage kann sowohl indexiert bzw. indexnah als auch aktiv umgesetzt werden.

2.2.3 Aktien

Die Anlage kann sowohl indexiert bzw. indexnah als auch aktiv umgesetzt werden.

2.2.4 Derivate

Derivative Produkte sind zur Absicherung von bestehenden Positionen oder von Devisengeschäften (Hedging) oder in Form von Stillhalteroptionen im Rahmen der BVV 2-Vorschriften gestattet.

2.2.5 Hypotheken

Die Anlage in Hypotheken darf nur über kollektive Anlageinstrumente erfolgen.

2.2.6 Immobilien

Immobilieninvestitionen können im Inland direkt oder indirekt (Immobilienfonds, Anteil an Anlagestiftungen und Immobiliengesellschaften) erfolgen, im Ausland nur indirekt.

2.2.7 Anlagen in Infrastrukturen

Der Schwerpunkt der Anlagen in Infrastrukturen liegt auf nicht-kotierten Infrastrukturanlagen in den OECD Ländern. In Infrastrukturanlagen ausserhalb der OECD darf als Beimischung mit geringer Allokation investiert werden. Die Gesamtallokation zu Infrastrukturen muss ausreichend diversifiziert sein; die Anforderungen des BVV2 bezüglich Hebel müssen jederzeit eingehalten werden.

2.2.8 Alternative Anlagen

Beteiligungen/Private Equity können weltweit als mittel- und langfristige Investition in Form von Eigen- oder Fremdkapital getätigt werden. Engagements mit Nachschusspflicht sind nicht zulässig.

Hedge Funds und Rohstoffe sind aus Gründen der Diversifikation oder geringer Korrelation sowie aus Überlegungen zur Garantie einer Mindestrendite erlaubt. Es ist eine angemessene Risikostreuung punkto Strategien und Investitionen zu verfolgen. Weiter ist auf höchstmögliche Liquidität, Qualität und Transparenz der Instrumente und Partner zu achten.

Übrige alternative Anlagen sind erst nach Prüfung ihrer Eignung als Vorsorgeanlage erlaubt.

Alternative Anlagen dürfen nur über diversifizierte, kollektive Instrumente getätigt werden.

2.2.9 Anlagen beim Arbeitgeber

Anlagen bei angeschlossenen Arbeitgebern sind nicht zulässig. Davon ausgenommen sind Beitragsforderungen sowie Anlagen in kotierte Wertpapiere angeschlossener Arbeitgeber im Rahmen der üblichen Anlagetätigkeit.

2.2.10 Allgemeine Bestimmungen zu den Anlagekategorien

Die Begrenzungen einzelner Schuldner bzw. einzelner Gesellschaftsbeteiligungen gemäss den Vorschriften von Art. 54 und 54a BVV 2 sind einzuhalten.

Soweit nichts anderes geregelt ist, kann sowohl in Einzeltitel direkt als auch in kollektive Anlageinstrumente investiert werden. Kollektive Anlagen entsprechen den Vorschriften von Art. 56 BVV 2.

Securities Lending ist nur im Rahmen von kollektiven Anlageinstrumenten zulässig.

3 Bewertung

Nominalwertforderungen	Marktwert per Abschluss Geschäftsjahr
Wandelanleihen	Marktwert per Abschluss Geschäftsjahr
Aktien und aktienähnliche Anlagen	Marktwert per Abschluss Geschäftsjahr
Immobilien	Marktwert per Abschluss Geschäftsjahr
Alternative Anlagen:	
Beteiligungen/Private Equity mit geringer Marktliquidität	Einstandspreis oder abgewerteter Buchwert
Hedge Funds	Marktwert per Abschluss Geschäftsjahr

4 Organisation

4.1 Vermögensverwaltung

4.1.1 Externe Vermögensverwalter

Für die Verwaltung der Wertschriften werden externe spezialisierte Vermögensverwalter gemäss Art. 48f Abs. 3 BVV 2 beauftragt. Diese müssen dazu befähigt und so organisiert sein, dass die Einhaltung der Loyalitäts- und Integritätsvorschriften des BVG (Art. 51b Absatz 1) und der BVV 2 (Art. 48g - 48l) sowie der Mandatsvorgaben gewährleistet ist. Bei der Auswahl von Vermögensverwaltern für aktiv verwaltete Mandate ist ein fachkundiger Berater einzusetzen. Jeder Vermögensverwalter verfügt über einen schriftlich formulierten Verwaltungsauftrag. Von den Vermögensverwaltern vereinnahmte Retrozessionen aus Anlagen der Stiftung sind dieser abzuliefern oder mit dem vertraglich vereinbarten Honorar zu verrechnen.

4.1.2 Global Custodian

Es kann ein Global Custodian eingesetzt werden, der die einzelnen Mandate konsolidiert. Der Global Custodian kann auch Vermögensverwalter sein. Wie dieser hat er die Loyalitäts- und Integritätsvorschriften des BVG und der BVV 2 einzuhalten.

4.1.3 Gemeinsame Vermögensverwaltung

Die Stiftung kann, sofern dies für die Stiftung Vorteile bietet, die gesamte Vermögensverwaltung oder Teile der Vermögensverwaltung gemeinsam mit anderen Vorsorgeeinrichtungen durchführen. Die dazu notwendigen Verträge sind durch den Stiftungsrat zu genehmigen. Die Einhaltung der Loyalitäts- und Integritätsvorschriften des BVG und der BVV 2 muss gewährleistet sein.

4.1.4 Zuständigkeiten und Kompetenzen

Die Zuständigkeiten und Kompetenzen sind im Funktionendiagramm im Anhang A aufgeführt.

4.2 Controlling

4.2.1 Berichterstattung

Die beauftragten Vermögensverwalter haben der Geschäftsführung mindestens quartalsweise eine Berichterstattung zu liefern, die Folgendes umfasst:

Vermögensentwicklung

Positionierung des Portfolios

Performance (Year to Date, Vorperioden), Performanceanalyse (Contribution), Kennzahlen

Fact Sheets zu den eingesetzten Anlageinstrumenten

4.2.2 Strategieüberprüfung und Investment Controlling

Periodisch oder wenn besondere Umstände dies erfordern, ist die Anlagestrategie, die Investitionstätigkeit und Anlageorganisation durch eine externe Institution zu überprüfen.

4.2.3 Information

Der Stiftungsrat ist regelmässig über die Kapitalanlagen zu informieren. Die Geschäftsführung leitet die Berichte an das Anlagekomitee oder den Stiftungsrat mindestens vierteljährlich weiter. Das Anlagekomitee analysiert die Berichte und prüft die Einhaltung der reglementarischen und gesetzlichen Vorschriften.

Die Geschäftsführung informiert die Versicherten quartalsweise via Website über die Anlageergebnisse.

4.3 Ausübung der Aktionärsrechte

Die Wahrnehmung der Stimmrechte wird gemäss Anhang D ausgeübt.

4.4 Nachhaltigkeit (ESG) in den Vermögensanlagen

Die Bestimmungen zu ESG-Anlagen sind im Anhang D offengelegt.

4.5 Zuständigkeiten

Die Zuständigkeiten und Kompetenzen sind im Funktionendiagramm im Anhang A aufgeführt.

5 Inkraftsetzung

Dieses Anlagereglement wurde am 23. Dezember 2023 vom Stiftungsrat genehmigt und tritt per 01.01.2024 in Kraft. Es kann durch Beschluss des Stiftungsrats jederzeit ergänzt oder geändert werden.

Wird dieses Reglement in andere Sprachen übersetzt, so ist für die Auslegung einzig der deutsche Text verbindlich.

NoventusCollect Plus

Dr. Urs E. Zurfluh

Präs. des Stiftungsrates

Georgette Zeiter

Vizepräs. des Stiftungsrates

Anhang

A Funktionendiagramm

Kompetenzen und Stellen

Kompetenzen		Stellen	
E	Entscheid	SR	Stiftungsrat
P	Planung / Initiative	GF	Geschäftsführung
D	Durchführung	GC / VV	Global Custodian
C	Controlling	EX	Externe Unternehmung
(I)	freiwillig	AKO	Anlagekomitee

Kompetenzen	SR	AKO	GF	GC/ VV	EX
Anlagerichtlinien					
Änderungen der Grundsätze für die Kapitalanlagen und der Kompetenzordnung	E	(P)	P/D		
Periodische Überprüfung der Anlagestrategie	E	(P)	P/D		P
Umsetzung der Anlagerichtlinien bei Wertschriften					
Gestaltung der Grundsätze der Anlageorganisation (z.B. interne oder externe Vermögensverwaltung, Auslagerung einzelner Aufgaben)	E	(P)	P/D		
Bestimmung externer Berater oder Vermögensverwalter	E	P	P	D	
Kauf und Verkauf einzelner Valoren von neuen Anlageklassen, aber innerhalb der bestehenden Strategie		E	P/D		
Auftragspezifikation für interne/externe Vermögensverwalter, Kauf und Verkauf einzelner Valoren innerhalb der bestehenden Anlageklassen			E/D		
Temporäres Aussetzen des Rebalancings für max. 3 Monate	E	P	P	D	
Bewirtschaftung der operativen Liquidität			D		
Depotführung					
Einrichten und Führen der revisionsfähigen Wertschriftenbuchhaltung mit Quartals- und Jahresabschlüssen			P/D	D	D
Rückforderung der Quellen- und Verrechnungssteuer			D		D

Kompetenzen	SR	AKO	GF	GC/ VV	EX
Wertschriften Reporting / Controlling					
Überwachen der Anlagestrategie und der Performance	P	P	C	D	D
Performanceanalyse und quartalsweise Berichterstattung			C/P	D	D
Periodische Besprechungen mit den Vermögensverwaltern	D	D	P/D	D	
Überwachung der BVG-Vorschriften und internen Vorgaben für Vermögensverwalter		E	P/D	D	D
Wahrnehmung der Stimmrechte					
Änderung der Grundsätze für die Wahrnehmung	E	(P)	P/D		
Regelmässige Überprüfung und Entscheid/Wahl Proxy Advisor	E	(P)	P/D		D

B Anlagestrategie, gültig ab 01.01.2024

Vorsorgepool Prudens

Anlagekategorie Benchmark	Strategie bzw. Benchmark	Bandbreiten	
		Min.	Max
Liquidität	0 %	0 %	15 %
Nominalwerte Investment Grade Bloomberg Barclays Global Aggregate Total Return Index Value Hedged - CHF LEGATRCH IND	25 %	10 %	40 %
Wandelanleihen Refinitiv – Global Focus Inv. Grade Convertible Bond Index – CHF- hedged – UCBI32	10 %	0 %	20 %
Nominalwert High Yield Bloomberg Barclays Global High Yield Total Return Index Value Hedged - CHF LG30TRCH IND	20 %	0 %	30 %
Aktien Global MSCI World 100 % Hedged to CHF – M0WOHCHF IND	45 %	35 %	55 %
Alternative Anlagen Zielrendite: Mschportfolia Bond/Aktien + 2 %	0 %	0 %	15 %
Total	100 %		

- Referenzwährung: CHF
- Die Anlagestrategie versteht sich ohne operative Liquidität und Forderungen. Diese sollen insgesamt im Regelfall 3 % der Bilanzsumme nicht überschreiten.
- Die Anlagestrategie wird mit der kollektiven Anlage "Prudens Core Satellite Fund" ISIN LI0570924238 umgesetzt.
- Derivate sind in der Form von Devisentermingeschäften zum Zweck der Absicherung zulässig.
- Rebalancing: Quartalsweise zu Beginn des Quartals bei Verletzung von Bandbreiten am Ende des Vorquartals, wobei auf den Benchmark rebalanced wird.
- Die Ziel-Wertschwankungsreserve für diese Anlagestrategie beträgt 20 % der Vorsorgeverpflichtungen. Die Wertschwankungsreserve ist so berechnet, dass sie mit einer Wahrscheinlichkeit von 97.5 % (Sicherheitsniveau) bei ungünstigem Verlauf der Anlagemärkte ausreicht, eine Unterdeckung innerhalb von einem Jahr zu vermeiden.
- Vermögensverwalter: GAMMA Financials AG, Zug

C Gebühr

Die jährliche Gebühr gemäss Art. 5.4 für die vermögensbezogene Überwachung der Anlagetätigkeit des Vorsorgepools A, die Erstellung der Bilanz und Erfolgsrechnung sowie das Reporting gegenüber der Stiftung und die Aufsichtspflichten beträgt:

Vorsorgevermögen 31. Dezember	Gebühr in Basispunkten
Erste CHF 10 Mio.	10
Nächste 10 Mio.	8
Nächste 10 Mio.	6
Nächste 10 Mio.	5
Darüber	4

Die Mindestgebühr pro Vorsorgepool beträgt CHF 1'000 p.a.

Pro Wertschrift (Valorennummer und Direktanlage*) kommen folgende Gebühren dazu:

Wertschriften	Gebühr in CHF
Pro Valorennummer	50
Pro Direktanlage	100

Berechnungsbasis ist das gesamte Vorsorgevermögen und die Anzahl Wertschriften (Valorennummern und Direktanlagen) des Vorsorgewerks am 31. Dezember eines Kalenderjahres.

*: Schweizer Aktientitel, im In- oder Ausland kotiert

Die obenstehenden Gebühren betragen höchstens CHF 50'000.

D Wahrnehmung der Stimmrechte gemäss Art. 71a, BVG

1. Wahrnehmung der Stimmrechte

Die Stimm- und Wahlrechte der direkt oder via Einanlegerfonds und Kollektivanlagen, welche die Wahrnehmung des Stimmrechts zulassen, gehaltene unter Art. 71a BVG fallende Aktien werden systematisch nach Massgabe von Art. 71a BVG und den weiteren Bestimmungen dieses Reglements im Interesse der Versicherten wahrgenommen und ausgeübt, und zwar insbesondere bezüglich folgender Anträge:

- Wahlen (Mitglieder des Verwaltungsrates, des Präsidenten, Mitglieder des Vergütungsausschusses und des unabhängigen Stimmrechtsvertreters)
- Vergütungen (Gesamtbeiträge an den VR, die Geschäftsleitung und den Beirat)
- Statutenänderungen zur Thematik Vergütungen (Rahmenbedingungen)

Für die Beurteilung der Anträge orientiert man sich am langfristigen Interesse der Versicherten. Im Zentrum steht dabei das dauernde Gedeihen der Stiftung.

2. Interesse der Versicherten: Dauerndes Gedeihen der Stiftung

Die Interessen der Versicherten gelten als gewahrt, wenn vor allem im langfristigen (finanziellen) Interesse der Aktionäre der Gesellschaft abgestimmt/gewählt wird. Es wird darauf geachtet, dass der Unternehmenswert der betreffenden Gesellschaft langfristig maximiert wird. Die Entscheidungsträger orientieren sich daher bei der Wahrnehmung der Stimmrechte an den Grundsätzen Rendite, Sicherheit, Liquidität und Nachhaltigkeit (Art. 71 BVG: Grundsätze der Vermögensverwaltung).

Die Stimmrechte werden im Sinne des Verwaltungsrates ausgeübt, wenn die Anträge nicht im Widerspruch zu den Interessen der Versicherten stehen und insbesondere einen langfristigen Anlagehorizont beachten.

3. Organisation

Der Stiftungsrat beschliesst das Vorgehen zur Wahrnehmung der Stimmrechte und definiert die konkrete Stimmrechtsausübung. Auf eine direkte Präsenz an den Generalversammlungen wird in der Regel verzichtet. Für die konkrete Stimmrechtsausübung und Erfüllung der Stimmpflicht ist die Geschäftsführung verantwortlich.

Zur konkreten Stimmrechtsausübung können die Dienste des unabhängigen Stimmrechtsvertreters in Anspruch genommen werden. Ebenso kann die Umsetzung – im Rahmen dieser Vorgaben – durch den Stiftungsrat einem externen Stimmrechtsberater (Proxy Advisors) übertragen werden. Punkt 6 dieses Anhangs regelt die Details.

Sofern Kollektivanlagen Aktien halten, sie aber der Versicherungskasse die Wahrnehmung der Aktionärsrechte nicht einräumen, werden diese konsequenterweise nicht wahrgenommen.

4. Offenlegung

Die Stiftung legt den Versicherten das Stimmverhalten in einem zusammenfassenden Bericht offen. Es werden nur Ablehnungen oder Enthaltungen detailliert erwähnt.

5. Securities Lending

Securities Lending ist nicht zulässig, wenn dadurch die Ausübung der Stimmrechte verunmöglicht wird.

6. Einsatz eines Stimmrechtsvertreters (Proxy Advisor)

Die konkrete Stimmrechtsausübung kann einem Proxy Advisor übertragen werden.

Grundlage für die Stimmrechtsausübung bilden in diesem Fall die Richtlinien/Corporate Governance-Grundsätze des Proxy Advisors.

Der Stiftungsrat oder die Geschäftsführung können in begründetem Fall und im Rahmen der vorgenannten Grundsätze entgegen der Empfehlung des Proxy Advisors stimmen. In diesem Fall wird dies in der Offenlegung des Stimmverhaltens erwähnt.

Der Stiftungsrat hat bis auf weiteres als Proxy Advisor Ethos Services gewählt.

E Nachhaltigkeit (ESG) in den Vermögensanlagen

Definition nachhaltiges Investieren

Die angelegten Vorsorgegelder unserer Destinatäre haben einen Einfluss auf die Entwicklung unserer globalen Umwelt und wir sind uns der Verantwortung mit den treuhänderisch verwalteten Guthaben in Bezug auf ESG-Kriterien in unseren Anlagestrategien bewusst.

Verantwortungsbewusstes und nachhaltiges Investieren bedeutet für die NoventusCollect nebst dem Einbezug von ökonomischen Aspekten auch die Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialanliegen sowie gute Unternehmensführung (ESG) in ihren Investitionsentscheidungen.

ESG-Verhaltenskodex

Im Rahmen der Umsetzung von ESG-Kriterien hat der Stiftungsrat einen ESG-Verhaltenskodex erlassen (soweit auf Typ A anwendbar):

Auswahl der Vermögensverwalter

Bei der Auswahl der Vermögensverwalter legen wir grosses Augenmerk auf ihre gängige ESG-Praxis. Mit den Vermögensverwaltern stehen wir in regelmässigem Austausch zu neuen ESG-Produkten, welche zur indexierten Anlagestrategie der Noventus Pensionskassen passen. Die Gespräche finden quartalsweise im Anlagekomitee und regelmässig mit den Vermögensverwaltern statt. Zusätzlich implementieren unsere Vermögensverwalter die Empfehlungen von SVVK-ASIR (produkt- und normenbasiert) sowie für kontroverse Waffen die Ausschlussliste von ISS Ethix Advisors.

Ausüben der Stimmrechte

Wir nehmen unsere Stimmrechte bei Schweizer Publikumsgesellschaften aktiv wahr. Dabei stützen wir uns auf die Empfehlungen der Anlagestiftung Ethos, welche die Erfüllung der Nachhaltigkeitskriterien überwacht und uns aktiv an Aktionärsversammlungen vertritt. Die Ausübung der Stimmrechte wird als Report jährlich publiziert.

Nachhaltige Verwaltung der Stiftung

Die Verwaltung der Stiftung erfolgt nachhaltig. Die unvermeidbaren CO₂-Emissionen werden durch Klimaschutzprojekte von myclimate kompensiert.